



PRESSEMITTEILUNG

AK-VOLLVERSAMMLUNG EINSTIMMIG FÜR UNEINGESCHRÄNKTEN ERHALT UND AUSFINANZIERUNG DER LUA!

Landesregierung legt sich weiterhin nicht fest

Die 5. AK-Vollversammlung hat über den Ausschuss für Wirtschafts- und Umweltpolitik einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

„Die 5. Vollversammlung der AK-Salzburg fordert die Landesregierung auf, die Landesumweltschutzanwaltschaft im bisherigen Umfang zu erhalten und für die Absicherung des gesetzlichen Aufgabenbereiches finanziell ausreichend Vorsorge zu treffen.“

Wie bereits berichtet sollen Naturschutz und LUA unter dem Titel „Verwaltungsvereinfachung“ entmachtet werden. Selbst wenn immer wieder beteuert wird, eine „Entmachtung“ sei nicht beabsichtigt, so ist das Ergebnis der Bestrebungen doch nicht anders zu bezeichnen:

- ➔ Parteistellungsbefugnisse sollen reduziert werden.
- ➔ Die Diskussion um das essentielle Recht der LUA auf ein Überprüfungsverfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof ist immer noch nicht vom Tisch.
- ➔ Das Einsparungsangebot der LUA von 35.000 € ab 2011 war der Landesregierung immer noch nicht genug (35.000 € entsprechen dem Einsparungspotential aus der Pensionierung einer Mitarbeiterin, wenn der Posten mit einer jungen Arbeitskraft nachbesetzt wird).
- ➔ Stattdessen wollte die Landesregierung bereits 2010 und 2011 jährlich jeweils 35.000 €. Das wäre 2010 nur mit Kündigung von Mitarbeitern zu schaffen gewesen. 2011 müssen daher 70.000 € eingespart werden. Damit ist eine Nachbesetzung unmöglich.

Morgen, Mittwoch den 15.12.2010, werden im Landtag von Landesrat Walter Blachfellner und Landesrat Sepp Eisl Anfragen zu den geplanten Novellen des Naturschutzgesetzes und des Landesumweltschutzanwaltschafts-Gesetzes beantwortet – oder eben auch nicht: **die Vertreter der Landesregierung legen sich nicht fest und schließen nichts aus.**

Glaubt man den Ausführungen von LR Blachfellner, herrscht im Naturschutzbereich ein wahrlicher „Sauhaufen“, der endlich geordnet gehört. Als Insider weiß man aber: jede Regierung hat alle paar Jahre all das bereits mehrfach geprüft und immer wieder festgestellt, dass keine nennenswerten Vereinfachungs- und Einsparungspotentiale vorliegen. Es geht nur um das regelmäßige Abtasten politischer Mehrheiten und das Anpassen des



Naturschutz-Niveaus nach unten: der selbe Arbeitsaufwand verteilt sich durch die stetigen Personalreduktionen auf immer weniger Bedienstete. Deshalb sollen nun Gesetze zum Schutz von Natur und Umwelt zurückgenommen werden.

Die MitarbeiterInnen der LUA verwehren sich – ebenso wie jüngst die Personalvertretung der Landesbediensteten – dagegen, dass die Landesregierung eine Scheindiskussion um vorgebliche Verwaltungsvereinfachungen auf dem Rücken der Arbeitnehmer austrägt.

Wir schließen uns daher der Aufforderung der AK-Vollversammlung vollinhaltlich an und fordern die Landesregierung auf, die Landesumweltanwaltschaft im bisherigen Umfang zu erhalten und für die Absicherung des gesetzlichen Aufgabenbereiches finanziell ausreichend Vorsorge zu treffen!

Salzburg, 14.12.2010

Mag. Markus Pointinger, Betriebsrat

Mag. Sabine Werner, Betriebsrat Stv.

Mag. Julia Hopfgartner

Dr. Mag. Brigitte Peer

Nina Leitner

Beilagen:

- Beschluss der AK-Vollversammlung
- Anfragebeantwortungen für die morgige Landtagssitzung von LR Walter Blachfellner und LR Sepp Eisl

